

GÖTTINGER BLÄTTER

04.2019

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Das Mietshäusersyndikat gibt es jetzt auch in Göttingen



Das Mietshäuser Syndikat stellt sich vor: Die aktuelle Bestandsaufnahme in gedruckter Form – mit Selbst-darstellungen aller Projekte im Verbund

Das Mietshäusersyndikat ist ein bundesweiter Zusammenschluss von aktuell ca. 150 Häusern in Selbstverwaltung. Allen Häusern gemein ist, dass sie für immer dem Spekulationsmarkt entzogen sind. Auch in Göttingen gibt es inzwischen 2 Häuser, die ein Teil des Mietshäusersyndikats sind. Andere Projekte, die vor kurzem ihr Haus kaufen konnten oder kurz vor dem Kauf stehen, wollen entweder auch ins Syndikat oder einen ähnlichen Weg gehen. Es gibt in Göttingen im Moment 11 selbstverwaltete Häuser mit ca. 150 Bewohner*innen, die sich gerade in einem Vernetzungsprozess be-

finden. Dieser steht zwar noch ganz im Anfang, aber es soll versucht werden voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Für die Gründung eines gemeinsamen Wohnprojekts gibt es unterschiedliche Motivationen. Sichere und preiswerte Mieten sind sicherlich ein wichtiger Grund. Dazu kommt das Bedürfnis nach Gemeinschaft und Räumen, die nicht der Verwertungslogik unterliegen. Die Schaffung von Gemeineigentum lässt diese Räume entstehen und der dauerhafte Verzicht auf Reprivatisierung schützt sie vor dem spekulativen Immobilienmarkt. Belebt werden sie aber erst durch die Eigenständigkeit und die Selbstorganisation der einzelnen Hausgemeinschaften. Eine besondere Beteiligungsstruktur zwischen Hausprojekten und Syndikatsverbund bringt beides zusammen: Der Verbund sichert die Unverkäuflichkeit des Gemeineigentums, und die Hausprojekte bewahren ihre Unabhängigkeit bei dessen Nutzung. Gleichzeitig schafft er aber

auch den ideellen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Projekten, die somit als solidarischer Verbund agieren können und nicht nur als einsame Leuchttürme im undurchsichtigen Nebel des renditeorientierten Immobilienmeers langsam verschwinden.

Was können wir tun?

Wohnen in Göttingen

Milieuschutz

(Soziale Erhaltungssatzung) als städtisches Planungselement

Referent:

Jochen Biedermann (B 90/Die Grünen)
Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Bürgerdienste
in Berlin-Neukölln

Mittwoch, 3. April 2019, 19.00 Uhr
Bürgerhaus Grone
Martin-Luther-Straße 10
(Zufahrt vom Greitweg)

Eingeladen zur Diskussion sind alle Fraktionen
im Rat der Stadt Göttingen.

Bei Drucklegung haben zugesagt:

* Göttinger Linke: Edgar Schu * B90/Die Grünen: Thomas Harms
* P+P: Helena Arndt * Ratsherr Francisco Welter-Schultes

Veranstalter: Stadtverband Bündnis 90/Die Grünen,
WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke



im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Mietshäusersyndikat	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Die LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Frauen*streiktag	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 05.2019
ist der 19. April.
Auslieferung am 25. April.

Rotes Zentrum im April:

Freitag, 5. April 2019 | 19 Uhr |
Die Häuser denen, die drin wohnen?!

BewohnerInnen des Lieschen-Vogel-Hauses stellen ihre Pläne zum Kauf des Gebäudes nach dem Modell des Mietshäusersyndikats vor. Verschiedene BewohnerInnen des Lieschen-Vogel-Hauses, von dem das Rote Zentrum ein Teil ist, werden ihre Pläne zum Hauskauf vorstellen. Dabei wird das Prinzip des Mietshäusersyndikats erklärt werden und das geplante Innenverhältnis zwischen Rotes-Zentrum, Hausverein, und Syndikat erläutert. Der einstündige Film „Our house“ des Syndikats dient dabei als Einstieg.

Für ausführlichere Infos: die Webseite: syndikat.org und der Film des Syndikats: <http://das-ist-unser-haus.de/>, der am **5. April** im Roten Zentrum und am **16. Mai** in der musa gezeigt wird.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Finanzämter drohen VVN-BdA in NRW mit Entzug der Gemeinnützigkeit

Stellungnahme des Landesausschusses der VVN-BdA NRW

Anfang des Jahres, pünktlich zum Gedenktag für die Befreiung des KZ Auschwitz, drohten nordrhein-westfälische Finanzämter in einer konzertierten Aktion und in gleichlautenden Schreiben damit, dem Landesverband NRW der VVN-BdA sowie mehreren selbständigen Kreisvereinigungen die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Und zwar dies rückwirkend.

Einzig aufgeführte Begründung ist die Erwähnung der VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.) in einem Verfassungsschutzbericht, jenem des Landes Bayern. Es gibt nur noch dieses Land, das die VVN-BdA im VS-Bericht aufführt; es ist jedoch auch dort damit nicht der Entzug der Gemeinnützigkeit verbunden. Nordrhein-Westfalen stünde mit dem Vorgehen gegen die VVN-BdA und dem Entzug der Gemeinnützigkeit einzigartig da. Die Regierung Laschet (CDU) hat offenbar den Anspruch, sich an die Spitze der politischen Anti-Antifa zu stellen.

Als traditionsreiche und älteste Organisation des deutschen Widerstandes und der Naziopfer fordern wir die sofortige Einstellung der gegen die VVN-BdA gerichteten Maßnahmen. Eine solche konzertierte Aktion hat es in Nordrhein-Westfalen nicht einmal in Zeiten des Kalten Krieges gegeben. In diesen Zeiten stand die VVN zwar im Verfassungsschutzbericht, es wurde ihr aber nicht die Gemeinnützigkeit entzogen.

Die VVN-BdA NRW e.V. kann auf mehr als 70 Jahre der kontinuierlich geleisteten demokratische Erinnerungs- und Gedenkarbeit sowie der Sozialarbeit für die Opfer des Nazismus zurückblicken.

Unsere Vereinigung wurde 1947 von den Überlebenden der Konzentrationslager und Mitgliedern des Widerstandes gegen Faschismus und Krieg, von Verfolgten und Holocaustüberlebenden, ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und aus der Emigrati-

on Heimgekehrten gegründet. Darunter waren Vertreter aller demokratischen Parteien, selbstverständlich auch die Kommunisten, die lt. Institut für Zeitgeschichte 70 Prozent des politischen Widerstandes geleistet haben.

Eine aus der Geschichte gezogene Lehre war und ist für unsere Organisation, überparteilich und konfessionell ungebunden einen antifaschistischen Grundkonsens zu verteidigen. In Artikel 139 Grundgesetz sind die alliierten Bestimmungen zum Verbot der NSDAP und möglicher Nachfolgeorganisationen und -parteien eindeutig bestätigt.

Für dieses und andere Ziele, insbesondere für den Frieden, die Völkerverständigung und die Hilfe für Geflüchtete und Verfolgte setzt sich die VVN seit ihrer Gründung unermüdlich ein. Wir arbeiten engagiert mit im Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte, um auch heute noch für die soziale

Betreuung der Verfolgten und ihrer Hinterbliebenen zu sorgen.

Viele Mitglieder der VVN waren als Zeitzeugen in Schulen, bei Veranstaltungen und auf Kundgebungen gegen Neonazi-Aufmärsche und für den Frieden aktiv. Dies geschah bereits in einer Zeit, da in den Regierungsparteien noch ehemals hohe Nazis mitwirkten. [...]

In den einzelnen Kreisverbänden wurde und wird von Überlebenden, in Zusammenarbeit mit Antifaschisten der nachfolgenden Generationen, die Auseinandersetzung mit den Ursachen von Faschismus und Krieg geführt, Aufklärung über neofaschistische Strukturen und Aktivitäten betrieben, werden Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Faschismus abgehalten; wird im Sinne der Losung ›Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg‹ wertvolle ehrenamtliche Arbeit, auch in örtlichen wie landesweiten Bündnissen, geleistet. Unvergessen sind die Reden von VVN-BdA-Repräsentant/innen auf den großen Kundgebungen der Friedensbewegung.

Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit, vor allem die Friedensbewegung und die Gewerkschaften auf, das Vorgehen gegen die VVN-BdA zu verurteilen und sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Nazis für Justiz nicht auffindbar

Bundesweit sind 467 Rechtsextremisten auf freiem Fuß, obwohl Haftbefehle gegen sie vorliegen. Sie seien nicht auffindbar, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage aus der Linksfraktion. Mehr als jeder Vierte von ihnen gilt als gewalttätig. Die Zahl der untergetauchten Neonazis ist in den letzten viereinhalb Jahren von 253 (im Jahre 2014) auf aktuell 467 gestiegen.

Blood & Honour

Bei Razzien in mehreren Bundesländern wurde festgestellt, dass das seit 2000 verbotene rechtsextreme Netzwerk Blood & Honour weiterhin aktiv ist. Das gilt auch für den bewaffneten Arm ›Combat 18‹. Nach Feststellung der Innenpolitikerinnen Martina Renner (Linke) und Irene Mihalic (Grüne) sind die zuständigen Behörden offenbar jahrelang untätig geblieben. Die Münchner Generalstaatsanwaltschaft hat nunmehr die Ermittlungen übernommen.

Vorankündigung:

Kai Degenhardt

„Auf anderen Routen“

am 8. Mai, 19.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2,

Eintritt Abendkasse: 5,00 / 2,00 EUR

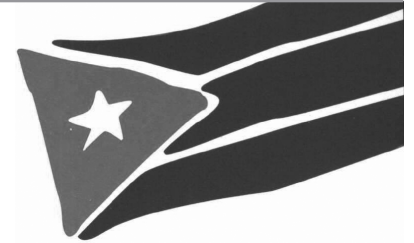
Eine Kulturveranstaltung der VVN-BdA Göttingen

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Havana – Cienfuegos – Trinidad – Camaguey – Bayamo – Santiago

Bilder und Berichte von einer sozialpolitischen Reise im November / Dezember 2018, an der mehrere GöttingerInnen teilgenommen haben: Woran können interessierte Touristen den Wandel in Cuba erkennen. Und: Was „wandelt“ sich eigentlich?
Di., 9. 04., 19.00 Uhr, Hotel Berliner Hof, Weender Landstr. 43 (Eintritt frei)



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Kuba hat laut und deutlich Ja gesagt

86, 85 % der Wähler, die am Sonntag, den 24. Februar ihren Stimmzettel in die Urnen geworfen hatten, sagten Ja zur neuen Verfassung und damit haben 6. 816 169 Kubaner einem Projekt ihre Unterstützung gegeben, das auf den Sozialismus, die Respektierung der Rechte und die Inklusion setzt – oder um es kurz zu fassen, auf die vollständige Würde seiner Menschen

Autor: Redaktion Nacionales | informacion@granma.cu

Diese zweifellos massive Unterstützung eines das Volk einbeziehenden Prozesses, das jeden Bürger in einen Verfassungsgeber verwandelte, wird noch bedeutsamer, wenn man sie in einem extrem widrigen internationalen Kontext betrachtet, in dem die immergleichen Imperialisten, die mit ihren Trommeln zum Krieg aufrufen, das Ende aller Utopien verkünden.

Aber die Insel ist nach 150 Jahren des Kampfes nicht bereit, sich dem Willen der „Herren der Welt“ zu beugen und setzt, trotz allen Drucks, der in Form der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, mit falschen Nachrichten, direkten Drohungen oder subversiven Projekten

ausgeübt wird, auf seine Souveränität. Das Referendum zur Verfassung, die breite Beteiligung der Wähler und die Ergebnisse sind dafür der Beweis.

Einheit, staatsbürgerliches Bewusstsein, Rechtskultur, revolutionäre Entschlossenheit ...sind Bilanzen, die der Prozess der Verfassungsreform zurücklässt; eine Erfahrung, die mit der Proklamation der neuen und modernen fortschrittlichen Magna Carta nicht zu Ende ist.

Danach folgt die ungeheure Herausforderung, die Gesetze an das Wesen dieser Verfassung anzupassen, und vor allen Dingen die, die Verfassung, die

uns heilig ist, ihrem Buchstaben getreu einzuhalten. Jede Aussage des Texts in die Praxis umzusetzen, darin besteht die Herausforderung, eine auf die uns Fidel hingewiesen hat und das war dieses Mal beim Verfassen des Grundgesetzes der Republik der zentrale Gedankengang.

Mit allen zum Wohle aller, für jeden Bürger Kubas, unabhängig davon wie er abgestimmt hat, das wird das Land sein, das sich aus diesem Ja ergibt, eines, das jeden Tag besser wird, immer in Revolution ist, in dem der Wille, das zu verändern, was verändert werden muss und der Glaube, dass der Mensch sich zum Besseren ändern kann zusammenleben.

▶ Konzert für Tornado-Opfer

Das Solidaritätskonzert für die Opfer des Tornados, das die Alianza Musical de Cuba im Rosa Salon Benny Moré des La Tropical gab, zog Menschen aus praktisch allen Stadtteilen Havannas an

Der gerade erst eröffnete Rosa Salon Benny Moré des La Tropical von Artex war Schauplatz des Konzerts der Alianza Musical de Cuba für die Tornado-Opfer; Menschen aus fast allen Teilen der Hauptstadt strebten dem Zentrum zu, wohl wissend, wie wichtig ihre Präsenz an diesem symbolischen Ort war, an dem die besten Vertreter kubanischer Musik aller Zeiten ihre Spuren hinterlassen haben.

Das lang erwartete Konzert wurde vom Orquesta Aragón eröffnet, dem der Pianist und Komponist Frank Fernández u.v.a. folgte.

„Für mich war die Einladung eine große Freude“, sagte der Granma Maestro

Frank Fernández. „Es ist eine Möglichkeit, mein Sandkorn zur Wiedererholung der Betroffenen beizutragen und außerdem mitzuwirken an der großen Idee, die von der Alianza Musical de Cuba verkörpert wird, in der nicht nur Musik zum Tanzen, sondern die ganze kubanische Musik enthalten ist.“

Sowohl „Pupy“ César Pedroso als auch Tania Pantoja erklärten, wie wichtig es sei, dass alle kubanischen Musiker, welchem Genre sie auch immer angehörten, sich vereinten, um die kubanische Musik zu verteidigen.



Sie stimmten darin überein, dass das Konzert mit einem ausgeprägten altruistischen Charakter zu mehr Einheit unter allen Kubanern geführt habe. „Ich war in den Tagen nach dem Tornado mit anderen Musikern in Regla und habe das Ausmaß der Zerstörungen gesehen, aber auch, wie sehr die Leute sich über unsere Unterstützung gefreut haben“, sagte Pupy bewegt.



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Lucas Zeise über sein gerade erschienenenes Buch „Finanzkapital“

1996 hat Hans Tietmeyer, damals Präsident der Deutschen Bundesbank, auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos freudig begrüßt, dass nicht mehr die Politik die Finanzmärkte, sondern umgekehrt die Finanzmärkte die Politik kontrollierten: „Ich habe aber bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ Entsprechend sind für den aktuellen Zustand des Kapitalismus verschiedene Ausdrücke erfunden worden, zum Beispiel „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt), „finanzmarktgetriebener Kapitalismus“ (Jörg Huffschmid) oder das mittlerweile weit verbreitete und ziemlich treffende „Finanzkapitalismus“.

Die wirklich nicht neue These meines Buches lautet: Das Finanzkapital übt die Herrschaft im Kapitalismus der Jetztzeit aus. Das Finanzkapital ist nach einer vorläufigen Bestimmung eine Teilmenge der Klasse der Kapitalisten, der Bourgeoisie. Diese Teilmenge, man kann sie auch als Gruppe von Oligarchen bezeichnen, herrscht über Wirtschaft und Staat – zu unserem Nachteil. Will man eher auf längere Sicht der Oligarchie die Macht entreißen, ja selbst wenn man sich nur gegen die schlimmsten Auswüchse ihrer Herrschaft wehren will, ist es nützlich, ja geboten, sich mit der Herrschaft des Finanzkapitals näher zu befassen. Wer das Herrschaftssystem bekämpfen will, muss es verstehen.

Rudolf Hilferding hat 1910 ein Buch mit dem Titel „Das Finanzkapital“ veröffentlicht. Es ist ein großartiges Buch. An diesem Urteil ändert auch nicht, dass Hilferding zweimal (1923 und 1928 bis 1930) in SPD-geführten Regierungen als Finanzminister glücklos amtierte. Aber Hilferdings Finanzkapital ist sehr dick und wird schon deshalb kaum gelesen. Viel populärer wurde Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, das er 1916 geschrieben hatte und das 1917, nach der Februarrevolution, aber noch vor der Oktoberrevolution er-

schien. Lenin stützt sich in seiner kurzen Schrift sehr stark auf Hilferding. Beide Werke haben die Weiterentwicklung des Kapitalismus zu einem von Monopolen geprägten und vom Finanzkapital beherrschten „Imperialismus“ zum Thema.

Die kommunistischen Parteien haben sich diese Sicht des damals aktuellen Entwicklungsstandes des Weltkapitalismus weitgehend zu eigen und zur Grundlage ihrer Programmatik gemacht, sowie sie an einigen Stellen weiterentwickelt. Da die kommunistischen Parteien und ihr Marxismus (der Leninismus sowieso) in den kapitalistischen Metropolen bis auf Restbestände zurückgedrängt wurden und gezwungen wurden, das Projekt realer Sozialismus im Osten Europas aufzugeben, sah auch ihre Analyse des Kapitalismus alt und überholt aus. Das hängt auch mit der Anpassungsfähigkeit des Finanzkapitals an die Herausforderung durch die arbeitenden Klassen, die sozialistischen Länder, insbesondere die Sowjetunion und die Befreiungsbewegungen in den bisher kolonial und halbkolonial beherrschten Ländern zusammen.

Seit der Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts ist die Phase der Anpassung vorbei. Das Profitprinzip wird nicht mehr schamvoll hinter Parolen wie „Wohlstand für alle“ oder „Sozialer Marktwirtschaft“ verborgen und schon gar nicht mehr in seinen verheerenden Wirkungen eingeschränkt. Der Finanzsektor gewinnt an Bedeutung, Macht und Umfang. Die Macht der Einzelstaaten wird eingeschränkt, wenn es um die Belange der niederen Klassen geht. Die Freiheit des Kapitalverkehrs wird verherrlicht, in den EU-Verträgen sogar als „Grundrecht“. Die „Globalisierung“ wird zum unwiderstehlichen Naturgesetz erklärt. Der Wettbewerb der Staaten um die Gunst des Kapitals wird nicht nur gepriesen, sondern findet auch statt. Die Ausbeutungsrate und die ökonomische Ungleichheit steigen.

Die Finanz- und Systemkrise 2007/8 hat daran erinnert, wie labil der Finanz-

Mitgliederversammlungen im Februar

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 02. April, 20:00 Uhr

Lucas Zeise zu:

Desintegration, schärfer werdende Konkurrenz, Konflikte. Ein „bröckelnder Konsens“ der herrschenden Klasse

MV Dienstag, 16. April, 20:00 Uhr

zum „Charakter der EU

- Bildungsthema -.

Das Festival der Jugend 2019



Das Festival der Jugend findet **vom 07. bis zum 10. Juni 2019** wieder in Köln, im Jugendpark am Rheinufer statt. Zu einem der größten linken politischen Jugendfestivals Deutschlands werden nicht nur wieder sehr nice Künstlerinnen und Künstler kommen und für Musik sorgen. Ob Antifa oder Antimilitarismus, Gewerkschaftsarbeit oder Kämpfe in der Schule, Rassismus oder Sexismus in dieser Gesellschaft – in zahlreichen unterschiedlichen Workshops und Vorträgen wollen wir uns austauschen, diskutieren und voneinander lernen. „Zeit für Widerstand!“ lautet das Motto des Festivals.

Mehr unter: www.festival-der-jugend.de/festival2019/

kapitalismus ist. Was ihn labil macht, wie er ökonomisch funktioniert, welche Rolle Geld, Kredit, Banken, Industriemonopole und der Staat dabei spielen, versuche ich in dem kurzen Buch darzustellen.

Zeise, Lucas: Finanzkapital - PapyRossa Verlag, 9,90 € ISBN 978-3-89438-688-7.

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► IN Grone berät MieterInnen

An fünf Abenden hat der Verein „IN Grone“ Mieterinnen und Mieter über den Stand der Ausbaupläne informiert: Nachdem die SPD – und auch die Grünen – im Ortsrat Grone und auch im Bauausschuss der Stadt dem B-Plan zugestimmt hatten, sind nun alle MieterInnen auf sich selbst gestellt

* Rückblick:

Die 5 Abende, von denen drei in die Sprachen türkisch, arabisch und russisch übersetzt wurden, haben rd. 60 MieterInnen der ADLER AG in Anspruch genommen. An allen Abenden haben Rechtsanwältin teilgenommen, die die teilweise sehr komplizierten Sachverhalte erklärten.

Zwar sind 60 MieterInnen nicht die richtig große Zahl bei 1.100 Wohnungen; das ist aber angesichts des jetzt noch nicht unmittelbaren Drucks durch Modernisierungsankündigungen eigentlich eine gute Beteiligung – vor allem, weil auch neue MieterInnen dazugestoßen sind.

Den MieterInnen wurde deutlich gemacht, dass sie sich jetzt individuell wehren müssen, nachdem die politischen Ebenen den Schutz nicht bieten wollen. Und es wurden auch „Ross und Reiter“ genannt, die dort abgestimmt haben!

Übereinstimmend berichteten die TeilnehmerInnen über die vorhandenen Mängel in ihren Wohnungen; Schimmel wurde am häufigsten genannt. Und es war schwer deutlich zu machen, dass die ADLER

AG nicht saniert, damit die Wohnungen schöner werden, sondern weil sie mit den Modernisierungen bzw. ihren Investitionen ihre Rendite sicher wollen.

Bei den genannten Modernisierungsmaßnahmen wurde die Vergrößerung der Balkone einheitlich abgelehnt, da die Wohnungen bereits Balkone haben. Auch der Einbau von Aufzügen stieß auf Widerspruch.

Die MieterInnen – das wurde herausgearbeitet – sind nunmehr auf rechtsanwaltliche Hilfe angewiesen, die sie u.a. beim Mieterverein finden.

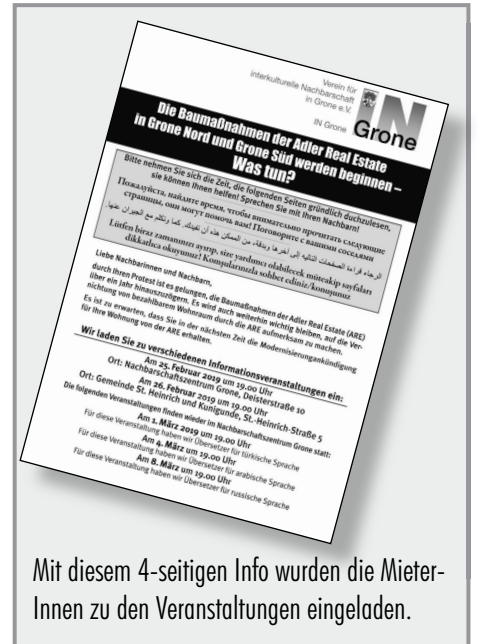
Deutlich wurde auch ein Bedarf an Textvorlagen für Widersprüche und natürlich einer individueller Mieterberatung

An mehreren Abenden wurde den Veranstaltern gedankt!

* Ausblick

Die Mitglieder und Freunde des Vereins IN Grone werden – zusammen mit den Grobianen – die weiteren Schritte planen:

- Textbausteine für Widersprüche erarbeiten.



Mit diesem 4-seitigen Info wurden die MieterInnen zu den Veranstaltungen eingeladen.

- Individuelle Mieterberatung, bei dem man mit dem Nachbarschaftszentrum zusammenarbeiten möchte
- Die weitestgehendste Überlegung geht dahin, eine individuelle Beratung anzubieten und die Widerspruchsschreiben -- anhand der Textbausteine - unmittelbar nach dem Beratungsgespräch gleich zusammenzustellen und auszudrucken.
- Aber ein solch umfangreiches Vorhaben erfordert noch viel Planung und Mithilfe.

(gs)

Stoppt den #Mietenwahnsinn!

Gemeinsam gegen Verdrängung

Kundgebung am bundesweiten Aktionstag

06.04.2019, 12:00 Uhr, Innenstadt/Kornmarkt



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Keine Kreismitgliederversammlung im April!

Wahlkampfveranstaltungen

Gelbwesten in Frankreich. Sozialproteste, die nicht abebben.

Mo, 1. April, 19:00 Uhr bei Arbeit und Leben

Referent: Sebastian Chwalla, Politikwissenschaftler

Heart's Fear. Hartz IV - Lesung mit Bettina Kenter-Götte

Fr, 12. April, 19:00 Uhr im Holbornsches Haus, Rote Str. 34

Am Dienstag, den 23. April wird die Bundestagsabgeordnete Amira Mohammed Ali nach Göttingen kommen. Ort und Uhrzeit stehen noch nicht fest.

Jugendverband [‘solid’]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Kein Termin im April

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz (vgl. Adressenspalte).erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Freitag, 12. April, 18:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Bovenden Mitgliederversammlung

Nächsten Termin bitte bei Marius Fedry (vgl. Adressenspalte).erfragen.

Arbeitsgruppen:

AG Antifa sucht Mitstreiter*inn*en

Mittwoch, 10. April, 19:00 Uhr im Saal der Roten Hilfe

Einsteiger*inn*en-Abend, Film

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Clubtreffen: Dienstag, 23. April, 17:30 Uhr in Dabis Kaffeestube, Rote Str. 39, Göttingen. Tagesordnung: u.a. Wahl der Verantwortlichen, nächste Veranstaltungen



KV Göttingen/Osterode

Bürgerstraße 26, 37073 Göttingen

Tel.: 0551 49 28 03 28

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 14 - Februar 2019

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
 Kreishaus, Zi. 66
 Reinhäuser Landstr. 4
 37083 Göttingen
 Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
 dielinke-goettingen.de/kreistag

EDITORIAL

Auch bei der Kreistagssitzung am 27.2. wartete unsere Gruppe wieder mit zahlreichen Initiativen auf. Inzwischen werden unsere Anträge allerdings nicht mehr einfach abgelehnt, sondern sinntentstellt umgebogen und dabei ihrer Substanz beraubt. Zudem fühlt sich vor allem der Landrat herausgefordert, permanent Dinge „richtig zu stellen“, allerdings mit einem Unterton der Empörung darüber, dass von unserer Gruppe überhaupt Vorschläge gemacht und Fragen gestellt werden.

TOP 6 – Beitritt zum Pro-EU-Bündnis „Niedersachsen für Europa“

Im Januar 2019 haben fünf Initiatoren - die beiden großen christlichen Kirchen in Niedersachsen, die Unternehmensverbände Niedersachsen e. V. (UVN) und der DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt sowie die Landesregierung - unter dem Motto „Niedersachsen für Europa“ ein neues Pro-EU-Bündnis aus der Taufe gehoben. Gemäß der eingebrachten Vorlage sollte nun auch der Landkreis Göttingen diesem Bündnis beitreten. Überdies wollte die CDU, dass der Landkreis auch gleich noch dem überparteilichen Pro-EU-Verein „Europa-Union“ beitreten solle.

Der Landrat sprach als Erster und las eine unkritische Lobhudelei auf die EU ab. Kritik an der EU bügelte Frau Gerl-Plein von den Grünen mit dem inzwischen üblichen „Populismus“-Vorwurf ab. Wer die EU nicht durch die rosarote Brille sieht, steht demnach wohl außerhalb des demokratischen Spektrums. Und der CDU-Redner und Europa-Union-Vorsitzende Harm Adam setzte in seiner üblichen EU-Duselei dann noch den Kapitalismus mit „Demokratie“ gleich.

Substanzuelle und sachliche Kritik war in der Debatte nur von unserem Redner Eckhard Fascher zu vernehmen. Insbesondere wies er erst einmal darauf hin, dass die EU nicht mit „Europa“ gleichzusetzen sei. Auch sei sie nicht weltoffen und solidarisch, vielmehr würden ökonomisch Lämmer mit Wölfen konkurrieren und eine Angleichung der Lebensverhältnisse sei nicht gewünscht. Auch auf den Bau einer Festung Europa, die Konfliktstellung gegenüber Russland sowie die Aufrüstung und die generell neoliberale Politik wurde von keinem anderen Redner hingewiesen. Er forderte eine Neukonstituierung der EU.

Die Vorlage wurde demgemäß von der großen Mehrheit der selbsternannten „Nicht-Populisten“ und Demokraten angenommen. Unsere Gruppe hat sich enthalten.

TOP 8 – Schaffung eines Gedenkweges Helmetalbahn

Das Gedenken an die NS-Verbrechen ist für unsere Gruppe im Kreistag ein wichtiges Thema, wie Mohan Ramaswamy in seiner Rede nochmals betonte. In dem von uns eingebrachten Antrag hatten wir vorgeschlagen, den Bau eines Gedenkweges von Osterhagen bis Mackenrode/Landesgrenze Thüringen zur Geschichte der Helmetalbahn und der KZ-Außenlager bzw. SS-Baubrigaden zu prüfen. Derzeit leben noch einige ehemalige Häftlinge die zum Bau der Bahnstrecke eingesetzt waren. Deren Wunsch war die Anlegung eines Gedenkweges.

Beschlossen wurde dann aber eine Variante, die die Verwaltungsgruppe (SPD, Grüne, FWLG) ausgeheckt hatte. Diese sieht nicht vor, einen Gedenkweg zu bauen und auch nicht die Möglichkeiten dafür zu prüfen, sondern es soll vielmehr darauf gewartet werden, dass andere tätig werden. Laut Beschluss spricht sich der Kreistag nun dafür aus, „örtliche Initiativen für die Erarbeitung eines Konzeptes für eine ‚Gedenkstätte Helmetalbahn‘ mit Leader-Mitteln als Kofinanzierung zu unterstützen“.

Hans-Georg Schwedhelm wies in seine Rede zwar darauf hin, dass die genannten „örtlichen Initiativen“ gar nicht mehr existieren; genau darauf zielt aber wohl die Intention des „Änderungsantrages“ ab, mit dem über eine positive Formulierung unser Vorschlag abgelehnt wurde.

TOP 17 – Kreiswohnbau stärken

Bereits zur vorherigen Kreistagssitzung war von uns auch dieser Antrag eingebracht worden. Nachdem der Landkreis Göttingen durch die Kreisfusion nun auch über eine Wohnungsbaugesellschaft verfügt, wurde von uns angeregt, diese nachhaltig zu stärken und dabei insbesondere im Göttinger Umland aktiv zu werden und kostengünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dazu hatten wir einen Prüfauftrag mit einigen Fragen eingebracht. Da die Verwaltung unsere Anregungen bereits ohne Beschluss einer wenn auch oberflächlichen Prüfung unterzogen hatte, wurde unser Antrag von Eckhard Fascher zurückgezogen.

Obleich die Anregungen das Ergebnis gemeinsamer Erörterungen zwischen Kreistagsgruppe und Geschäftsführung waren, sah sich der Landrat – wie inzwischen zur Gewohnheit geworden – herausgefordert, die Sachlage „klarzustellen“. Dabei ging es jedoch nicht um eine inhaltliche Erörterung unserer Vorschläge, sondern ausschließlich darum, das letzte Wort behalten zu wollen. Immerhin gab der Landrat zu, dass in der Vergangenheit erfolgte Privatisierungen kommunaler Wohnungen ein Fehler gewesen seien (DIE LINKE wusste das schon immer) und wies zudem darauf hin, dass von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft in Göttingen nach wie vor zu wenige Sozialwohnungen gebaut würden (auch das wussten wir schon).

TOP 26 – 1. September 2019 - Gedenken des Beginns des II. Weltkriegs

Von unserer Gruppe wurde beantragt, nicht nur zum 80. Jahrestag des Beginn des Zweiten Weltkriegs eine Gedenkveranstaltung durchzuführen sondern dazu auch ehemalige Zwangsarbeiter/innen, Hinterbliebene und nahe Angehörige sowie Vertreter/innen der Selbstorganisationen der Zwangsarbeiter/innen aus den Heimatländern einzuladen.

Mit rechtstheoretischen Argumenten (keine Mittel im Haushalt) wurde der Vorschlag von der Verwaltungsgruppe umgebogen, um nur noch eine Tagung der Kreisheimatpflege durchzuführen. Der Hinweis von Hans-Georg Schwedhelm, dass bei keinem anderen beschlossenen Antrag gesagt wurde, man könne sich dies nicht leisten, verhallte ungehört.

TOP 30 – Einführung von Abbiegeassistenzsystemen

An den Fachausschuss überwiesen wurde ein von uns neu eingebrachter Antrag, Abbiegeassistenzsystemen für landkreiseigene Fahrzeuge einzuführen. Dabei geht es um die Ausrüstung größerer Fahrzeuge mit entsprechenden elektronischen Systemen zur Vermeidung von Unfällen mit Fußgängern oder Radfahrern.



► KV-Jahreshauptversammlung 2019

Am 27. Februar fand die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes statt. Es standen Wahlen zum Kreissprecherrat und zum Landesausschuss an. Der Kreisverband hat Mitte März 208 Mitglieder, dies entspricht ziemlich genau dem Stand vor einem Jahr, wobei zu Beginn des Jahres 2017 die Zahl noch unter 200 Mitgliedern gelegen hatte, mit positiven Konsequenzen für den Landesausschuss. Das Durchschnittsalter beträgt etwa 43 Jahre gegenüber 56 Jahren im Bundesdurchschnitt. Der Frauenanteil liegt bei 28 Prozent gegenüber 2017 nur 26,3%

im Landesdurchschnitt, aber 36,5 % im Bundesdurchschnitt.

Kreissprecherrat: Von bisher zehn wurde die Größe des KSR auf acht Mitglieder verkleinert: Wie bisher gehören dem KSR Katja Sonntag, Kristina Schulz, das Göttinger Ratsmitglied Edgar Schu und Timo Rose (OV Altkreis Osterode) an. Die beiden Letztgenannten werden sich so weiterhin um die Öffentlichkeitsarbeit kümmern können. Auch der Schatzmeister Dietmar Reitemeyer (Fraktionsmitarbeiter der Kreistagsfraktion), der sein Amt erst ein halbes Jahr bekleidet, wurde in seiner

Funktion bestätigt. Neu in den KSR gewählt wurden Janine Rutkowski und Jost Leßmann (Mitarbeiter Regionsfraktion Hannover). Alle Kandidat*innen wurden jeweils ohne Gegenkandidat*innen mit großer Mehrheit gewählt. Ein Frauenplatz soll später nach besetzt werden. Die bisherigen KSR-Mitglieder Britta Schmerling, Teresa Cruz Avellaneda und Oliver Preuß hatten nicht mehr kandidiert.

Landesausschuss: Hier sind statt bisher zwei nun drei Mitglieder zu wählen gewesen, da unser Kreisverband jetzt über zweihundert Mitglieder hat, wobei die Mindestparität einzuhalten war. Gewählt wurden Katja Sonntag, die scheidende Europaabgeordnete Sabine Lösing und Jost Leßmann.

Bildungsbeauftragte: Zur Bildungsbeauftragten wurde Kristina Schulz gewählt. Diese arbeitet bereits in der Landesbildungskommission mit. *ef*

► Linke verliert Mandat im Gemeinderat Rosdorf

Nach der letzten Kommunalwahl im September 2016 war DIE LINKE ursprünglich durch Stine Rummel-Strebelow im Rosdorfer Gemeinderat vertreten. Nach ihrem Wegzug im Januar 2018 rückte dann Kurt Saalman nach. Dieser gab nun nach rund einem Jahr sein Ratsmandat auf,

nachdem er im Herbst letzten Jahres bereits aus der Partei ausgetreten war. Bedauerlicherweise hatten zu Kurts Gunsten bereits zwei Genoss*innen verzichtet. Da aber vor wenigen Wochen auch die letzten beiden verbliebenen Nachrücker Rosdorf verließen, gibt es

nun Niemanden mehr, der nachrücken könnte. Dies ist umso bedauerlicher, da bereits seit 2006 DIE LINKE mit einem Mandat im Gemeinderat vertreten war. Die nächste Kommunalwahl ist erst wieder September 2021, die Wahlperiode endet im Oktober des gleichen Jahres. Es wird jetzt darauf ankommen in den nächsten beiden Jahren neue tragfähige Strukturen aufzubauen. Wer sich für die Mitarbeit in Rosdorf interessiert, kann sich an Bettina Weigert (siehe Terminseite, Adressenspalte) wenden. *ef*

► Rückzug von Sahra Wagenknecht – Gefahr für unsere Partei

Kommentar von Eckhard Fascher

Sahra Wagenknecht zieht sich zurück. Dies ist vor allem für den politischen Gegner Grund zur Häme, auch der ein oder andere Genosse wird sich freuen, war sie doch in den letzten Jahren heftigen Anfeindungen ausgesetzt. Aber, auch das sollte man nicht übersehen: Viele ihrer innerparteilichen Kritiker sind sehr nachdenklich geworden. So wünscht sich beispielsweise der sächsische Landesvorsitzende Rico Gebhardt weiterhin ein Engagement Sahras in den ostdeutschen Wahlkämpfen. Sicher sind viele ihrer Aussagen umstritten: Auch in Göttingen, wo die Mehrzahl der aktiven Genossinnen und Genossen positiv gegenüber Sahra eingestellt sind, hat ihr Kurs in der Flüchtlingspolitik zu Kritik geführt. Sie

ist aber die profilierteste Kritikerin des herrschenden Neoliberalismus und der durch ihn erzeugten sozialen Verwerfungen, und dafür mögen wir sie. So hat der Kreisverband einen offenen Brief an Sahra mitunterschrieben, in dem Sahra zum Weitermachen aufgefordert wird.

Der Rückzug von Sahra ist für die gesamte Partei sehr gefährlich und könnte unseren sicher geglaubten Platz im Parteiensystem erneut gefährden. Auch wenn man Umfragen kritisch betrachten sollte, so spiegeln sie doch ziemlich eindeutig wieder: Sahra ist die mit Abstand bekannteste und beliebteste Politikerin der Linken. Im Osten ist sie, so eine Emnid-Umfrage vom Dezember 2018, sogar die beliebteste Politikerin überhaupt. In

einer aktuellen Umfrage von RTL/ntv befürchten 42% aller Wähler und 57 % der LINKEN Wähler eine Verschlechterung der Wahlchancen für die Wahlen in diesem Jahr. Höchstproblematisch für DIE LINKE ist, dass die übrigen Spitzenpolitiker wenig bekannt sind: „43 Prozent der Befragten kennen außer der Fraktionsvorsitzenden keinen einzigen Politiker der Linkspartei - das trifft sogar auf fast ein knappes Drittel (30 Prozent) der LINKEN-Anhänger zu.“

Die Wahlchancen einer Partei hängen nun mal an den Personen, die sie verkörpern.

Quellen:

<https://www.n-tv.de/politik/Wagenknechts-Rueckzug-schadet-der-Linken-article20913656.html>

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/emnid-umfrage-sahra-wagenknecht-im-osten-beliebter-als-kramp-karrenbauer-a2753279.html>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sahra-wagenknecht-linker-nach-rueckzug-unter-schock-a-1257991.html>

Presseerklärung LV Niedersachsen vom 04.03.2019

▶ Druck machen Gegen soziale Ungerechtigkeit!

Auf ihrem Landesparteitag wählte DIE LINKE. Niedersachsen am vergangenen Wochenende ihre neuen Landesvorsitzenden, einen neuen Landesvorstand und erhält erstmalig in ihrer Geschichte einen hauptamtlichen Landesgeschäftsführer. Als Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre verabschiedeten die nahezu 200 Delegierten mit großer Mehrheit einen Leitantrag. Darin will die Partei sich noch intensiver in die Landespolitik einmischen, den Schulterschluss mit linken Bewegungen suchen und ihren Wiederinzug in den Landtag vorbereiten.

„Immer mehr Menschen sind unzufrieden mit der gesellschaftlichen

Entwicklung und ihrer persönlichen Situation. DIE LINKE. schlägt als einzige Partei Lösungen außerhalb von Profitgier, Ausbeutung und Rassismus vor. Wer das Ertrinken von Geflüchteten legitimiert und sie zu Sündenböcken macht, muss mit Protest rechnen. Die Rechten finden in der LINKEN ihren entschlossensten Gegner“, macht die neue Landesvorsitzende Heidi Reichinnek deutlich. „In Vorbereitung des Europawahlkampfes sind bereits mehrere Großveranstaltungen in Planung. DIE LINKE. streitet für ein friedliches, soziales und ökologisches Europa. Unsere Basis ist hochmotiviert“, blickt Reichinnek optimistisch in die Zukunft.

Der wiedergewählte Landesvorsitzende Lars Leopold pflichtet ihr bei: „Wir freuen uns über steigende Mitgliederzahlen. Rund 60% der Neueintritte sind jünger als 35. Als Partei werden wir kämpferischer, bewegungsnäher und kämpfen gemeinsam mit den Pflegekräften, der Klimabewegung, den streikenden Kolleg*innen und vielen Migrant*innen für einen politischen Wandel. Und wir stehen an der Seite von attac und verurteilen den Entzug der Gemeinnützigkeit als ein politisches Urteil gegen systemkritische Organisationen und Bewegungen!“

Der frisch gewählte Landesgeschäftsführer Christoph Podstawa richtet den Blick auf die Landespolitik: „Die Opposition ist ein schlechter Begleitschutz der aktuellen Landesregierung. Kein Wunder! Das, was die vorherige rot-grüne Landesregierung schlecht angefangen hat – wie die Einführung der Pflegekammer oder des neuen Polizeigesetzes NPOG – führt die aktuelle Landesregierung noch schlechter fort. Wir werden gemeinsam mit unseren Bündnispartnern sowohl die Pflegekammer als auch das neue Polizeigesetz verhindern!“

▶ Auf dem Parteitag nichts Neues?

Kommentar von Manfred Engelbert zum Landesparteitag

Mindestens einer war neu: der Verfasser. Und als neuer Delegierter war er erfreut über die straff organisierte Routine und erstaunt über die vordergründig und hintergründig bestimmenden Seilschaften.

Nach der knappen Niederlage von Edgar Schu in einer Stichwahl zum Landesvorstand saßen wir Osteroder/Göttinger niedergeschlagen da. Es besteht nun also immer noch der Zustand, dass nicht nur Göttingen/Osterode, sondern auch die gesamte Region Südniedersachsen auf Landesebene nicht vertreten ist. Edgar hatte eine Vorstellungsrede gehalten, die eine im Leitantrag und häufig beschworene Forderung, nämlich „aktive Kreisverbände und Basis-Initiativen zu vernetzen“ (Leitantrag, Zeile 160), konkret verdeutlichte. Edgar bezog sich auf die Notwendigkeit der Rückkopplung zwischen den Organisationsebenen der Partei zwecks schlagkräftiger Argumentation am Beispiel des ab 1. Januar geltenden Gesetzes zur „Wohnraumzweckentfremdung“. Wie sich herausstellte, war auf dem Parteitag tatsächlich nicht bekannt, dass dieses Gesetz, seit Jahren durch

DIE LINKE, Gewerkschaften usw. gefordert, nun durch Schwarz-Rot eingeführt worden ist.

Für den Beobachter reihte sich unsere Niederlage in eine (kleine) Serie von Misserfolgen anderer Kandidat*innen ein, die alle eher sachlich als mit vehementen Sprüchen für sich warben. Eine der Delegierten aus Göttingen fasste das so zusammen: „Die reden alle, als wenn sie uns davon überzeugen müssten, in die Partei einzutreten.“

Nachträglich bekamen wir dann den aufmunternd gemeinten Hinweis aus einem benachbarten Kreisverband mit überdurchschnittlicher Repräsentation im Landesvorstand, wir müssten „mehr tun“. Gemeint war weniger solide politische Arbeit und mehr Lobby.

Für die von allen als schwierig und undankbar erklärte Arbeit in der Schiedskommission wurde immerhin – und eben typisch für unseren fleißigen KV – Britta Schmerling mit großer Mehrheit gewählt.

Außerdem ist positiv zu erwähnen, dass unser Änderungsantrag zum Venezuela-Antrag, der noch einmal deutlich

klar gestellt hat, wie groß der Einfluss der Sanktionen für die innere Versorgungskrise ist, mit großer Mehrheit angenommen worden ist.

Ach ja, ein neuer Landesvorstand wurde auch gewählt: Heidi Reichinnek und Lars Leopold (Wiederwahl). Und erstmals ein hauptamtlicher Landesgeschäftsführer, Christoph Podstawa.

Wir werden diesen Landesvorstand fordern!



Europawahl 2019
Wahlprogramm

www.europa-nur-solidarisch.de



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Kommunalpolitischer Arbeitskreis tagte zum Thema "Wohnungsbau"

Mit rd. 20 TeilnehmerInnen war der KomPolAK 20. Februar äußerst gut besucht. In der Vorstellungsrunde wurde deutlich, dass einige TeilnehmerInnen insbesondere wegen des aktuellen Themas gekommen seien.

Zunächst gab es einen Überblick über die Aktivitäten der GöLinken (Die ausführliche Darstellung in Form einer Powerpoint-Präsentation kann unter der im Kasten angegebenen mail-Adresse angefordert werden).

Zusammenfassend wurde dargestellt, dass das Thema ab 2015 von Grone ausgehend mehr und mehr an Intensität zugenommen hat und sich unterschiedliche AkteurInnen dabei einbringen:

2017 gab es erste Äußerungen der Adler AG zu geplanten Modernisierungen im Ortsrat Grone und damit begannen die konkreten Aktivitäten, die von GROBIAN zunächst angestoßen wurden. Der Verein für Interkulturelle Nachbarschaft (InGrone) nahm sich der Sache an und die Gründung einer MieterInneninitiative bedeuteten weitere Schritte. Zahlreiche Informationsveranstaltungen für MieterInnen fanden statt, die jeweils flächendeckend mit Flyern beworben wurden.

Bei der Maikundgebung 2018 konnten sich MieterInnen an die TeilnehmerInnen wenden und anlässlich eines Bauausschusses fand eine Kundgebung vorm neuen Rathaus statt, über die auch im NDR-Fernsehen berichtet wurde. InGrone brachte nach der Mietfibel nun auch noch eine Infobroschüre zu dem Geschäftsmodell der Adler AG heraus, diese kann ebenfalls bei Interesse angefordert werden (s..o.).

Sowohl Hendrik Falkenberg im Ortsrat Grone als auch die Fraktion im Rat der Stadt brachten zahlreiche Anträge und Anfragen zum Thema Wohnungspolitik

in Göttingen im allgemeinen und Grone im Besonderen sowie bezahlbaren Wohnraum ein. Hervorzuheben ist, dass die 30%-Quote an bezahlbarem Wohnraum bei Neubauten auf die Bemühungen der GöLi zurückzuführen ist.

Als weiterer Akteur hat der SprecherInnenkreis der Göttinger Linke 2018 eine Veranstaltung zur neuen Wohnungsgemeinnützigkeit organisiert und wird eine weitere Veranstaltung zum Milieuschutz am 03.04. durchführen (s. Kasten S. 1). In diesem Leitungsgremium können idealerweise Infos zu den Aktionen vor Ort sowie der Fraktion mit der GöLi als Ganzes ausgetauscht und koordiniert werden. Hier konnten auch weitere Hilfen für die Aktiven in Grone angestoßen werden.

Wichtig bei all diese Aktivitäten war und bleibt die Vernetzung über den Kreis der Aktiven hinaus in den universitären Bereich, zum Mieterverein und anderen Initiativen, die in diesem Gebiet aktiv sind. Auf vielen Treffen und in gemeinsamen Gesprächen gab es vielfältige Anregungen und rechtliche Hinweise.

Dabei wurde auch deutlich, dass einiges erreicht werden konnte, aber auch der Frust groß ist, wenn die unkritische Mehrheit im Rat den Investoren und der Verwaltung aus der Hand fressen. Fazit: Wir haben viel gelernt, wobei es häufig ein „Lernen im Vorwärtsgehen“ ist: Kann chaotisch sein, aber lohnend!

Ideen für die Zukunft:

Die Adler AG als Aktiengesellschaft muss zu einem bestimmten Teil Transparenz herstellen. Man könne die Geschäftsberichte einsehen und dort sei Göttingen auch prominent erwähnt. So kann man z.B. Aktien kaufen und an der Aktionärsversammlung teilnehmen.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:
Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:
Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:
Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Die Adler hat bereits Bestände andernorts verkauft und wir werden im Ortsrat oder Stadtrat nachfragen, ob hier ähnliches für Göttingen bekannt sei.

Die Städtische Wohnungsbau wurde ebenfalls thematisiert. Ideal wäre es, wenn diese viel mehr bauen und kaufen würde, aber das scheint in den Entscheidungsgremien nicht unbedingt gewünscht zu sein. Hier ist Raum für weitere Initiativen.

Die Frage einer Ausschüttet der Sparkasse direkt in sozialen Wohnungsbau war ein Diskussionsgegenstand. Einen völlig anderen Ansatz verfolgt das „Miethäusersyndikat Göttingen“ mit einer Vision: Die Häuser gehören denen, die drin wohnen!

Auf alle Fälle: Weitermachen mit dem Thema! In rd. 3 Monaten soll erneut ein KomPolAK zum Thema Wohnen stattfinden, um weiter gemeinsam auf dem neuesten Stand zu sein und weitere Ideen zu entwickeln.

(bs/gs)

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
 im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo

 April 2019


Zur Diskussion: der diesjährige Friedenspreis an die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“

Auch in der Ratsgruppe der GöLinke/ALG wurde um eine Meinung zur Preisverleihung gerungen. Da es aber zu viele verschiedenen Ebenen in der Diskussion gab, haben wir vorläufig auf eine öffentliche Stellungnahme verzichtet. Da waren zum einen, die Nähe der „jüdischen Stimme“ zum BDS, dann, der allgemeine Vorwurf des Antisemitismus wahlweise gegen die „Jüdische Stimme“, oder gegen die BDS-Kampagne und auch gegen die Jury. Und dann gab es noch die Ebene des Versuchs der aktiven Verhinderung der Preisverleihung durch die Universitätspräsidentin und den Oberbürgermeister, sowie eine politische Einmischung der Sparkasse über ihr Sponsoring.

Zur Klarstellung: die „jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ ist nicht BDS. Sie unterstützt punktuell einzelne Aufrufe der BDS-Kampagne. Über die Sinnhaftigkeit dieser Boykott-Kampagne lässt sich sicher streiten, ihr aber allein die Legitimation entziehen zu wollen, weil sie gegen israelische Firmen aus den besetzten Gebieten gerichtet ist, macht diese Kritik doch eher unglaubwürdig. Boykottkampagnen sind die zivilen Möglichkeiten der einfachen Leute, Staaten nennen dasselbe Tun: „Handelssanktionen“. Es geht immer darum, einen als Unrecht empfundenen Zustand mit Druck verändern zu wollen. In der jüngeren Geschichte haben wir als Linke bewusst die Boykottkampagnen gegen Südafrika und gegen Nestle mitgetragen. Über das warum wollen wir an dieser Stelle nicht diskutieren, wir zeigen nur auf, die Boykottkampagne gegen israelische Firmen in den besetzten Gebieten hat absolut nichts mit der Nazikampagne: „kauft nicht bei Juden“ zu tun.

Der Antisemitismusvorwurf von deutschen Linken gegenüber jüdischen Mitbürger*innen ist sowas von Weiß, arrogant, überheblich und chauvinistisch, das mag man gar nicht glauben. Woher beziehen Teile der Linken die Legitimation darüber zu urteilen, wer ein Jude ist und wer nicht? Zitat aus einem Pamphlet: „Wären es rechte oder faschistische Gruppen, die unsere jüdischen Mitbürger angriffen, würde die Zurückweisung sehr viel mächtiger und eindeutiger ausfallen.“ Welche jüdischen Mitbürger sind denn gemeint? Wie kommt jemand darauf, solche Sätze in diesem Kontext zu schreiben? Die „jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ besteht fast ausschließlich aus jüdischen Mitbürger*innen, aber die gilt es nun nach Auffassung unserer studentischen Jugendorganisationen und einzelner Parteimitglieder zur Räson zu bringen oder gar als „Vaterlandsverräter“ zu diffamieren. Merke: es gibt nicht „die Juden“, sowenig wie es „die Deutschen“ oder „die Ausländer“ gibt. Einen politischen Konflikt mit solchen Plattitüden beiseiteschaffen zu wollen, ist einer „Linken“ unwürdig. So fallen wir 100 Jahre zurück: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ - Kaiser Wilhelm II. Kein Staat der Welt wird von Linken jemals einen Freibrief für jegliches Tun bekommen.

Eine ganz eigene Rolle in diesem Drama spielen der Oberbürgermeister der Stadt, die Universitätspräsidentin und unser allseits politisch geschätzter Sponsor: die Sparkasse Göttingen. Dass sich der OB und die Unipräsidentin vielleicht tatsächlich nicht vollumfänglich informiert gefühlt haben, sei nun einmal ihnen zuliebe unterstellt. Aber dann hätten sie persönlich die Konsequenz ziehen können und sich zurückziehen. Das haben sie aber nicht: sie haben ihr Amt und ihre Position politisch eingesetzt und alle ihr unterstellten Einrichtungen angewiesen, keine Räume für die Preisverleihung zur Verfügung zu stellen, und damit ist es ein Politikum. Wir wissen, dass es mindestens ein Angebot von einer städtischen Einrichtung gab, die Preisverleihung in ihren Räumen stattfinden zu lassen. Leider hat der OB in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender diesen Ort sperren lassen. Öffentlich herausgeredet hat er sich damit, er wolle Neutralität walten lassen. Das ist aber nun mal keine Neutralität, das ist Redeverbot. Und das ist alles umso beschämender, weil es in Göttingen, der Stadt der Göttinger 7, stattfindet. Für uns ist diese unsägliche Geschichte nicht mit der Preisverleihung beendet und vergessen. Wir werden uns weiter für eine offene Diskussion mit den beteiligten Akteuren einsetzen. Göttingen kann hier ein Leuchtturm für eine kontroverse Debatte sein. Diese Chance sollte die Stadt nutzen. Wir als GöLinke/ALG-Ratsgruppe unterstützen den aktuellen Versuch, Herrn Schuster vom Zentralrat der Juden, Herrn Klein als Antisemitismusverantwortlicher der Bundesregierung, Herrn Zumach als Jury-Vorsitzender des Göttinger Friedenspreises und Frau Iris Hefets als Vorsitzende der „jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ auf ein Podium zu bringen.

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.d
e](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

► 8.März als Frauen*streiktag – und wie geht`s weiter in der Kommunalpolitik?

Sowohl zur kämpferischen Mittagspause auf dem Wochenmarktplatz als auch zur Demo am Nachmittag vom Neuen Rathaus aus fanden sich jeweils mehrere Hundert Teilnehmende ein. Die Veranstalter*Innen können also zufrieden sein.

Natürlich sieht ein „Streik“ anders aus, denn die allermeisten Frauen* haben ihre Arbeit nicht niedergelegt, auch nicht für die zwei Mittagsstunden. Aber eine grandiose Phantasie: Wenn tatsächlich gerade die vielen Frauen* im Einzelhandel für 2 Stunden die Läden in der Stadt geschlossen hätten!

Aber zu sehen und zu erleben, wie viele Frauen* unterschiedlichen Alters, insbesondere sehr viele junge Frauen* und auch junge Männer und Kinder sich zusammentun, um gegen die anhaltende Ungleichbehandlung der Geschlechter zu demonstrieren, lässt hoffen. Schon eine Grundschülerin empörte sich

in einem Redebeitrag darüber, dass sie in ihrem Sportunterricht zu sogenannten „Frauenliegenstützen“ aufgefordert wurde. Dabei könnten doch Mädchen genauso stark sein wie Jungen! Wehret den Anfängen, kann man da nur sagen!

Besonders beeindruckend war auch eine muntere Gruppe von bunt gekleideten jungen Frauen* mit Rhythmusinstrumenten, die Schwung und gute Laune in den Demozug brachten.

Mit diesem Potential an engagierten Menschen hier in Göttingen müsste es doch möglich sein, auch in der Kommunalpolitik etwas für die Gendergerechtigkeit zu bewegen.

Zwar werden bekanntlich Entscheidungen über Lohnentwicklung, Rentenhöhe usw. nicht auf kommunaler Ebene getroffen. Dennoch gibt es vor Ort was zu tun und zu beeinflussen! So hat die Göttinger Linke bei den letzten Haus-

haltsberatungen der Stadt Göttingen beantragt, für den Verein Kore weitere Mittel für eine halbe Personalstelle zu bewilligen. Kore könnte damit die offene Mädchenarbeit ausbauen und verstetigen. Dies ist dringend nötig, da Mädchen erfahrungsgemäß in den Jugendzentren unterrepräsentiert sind. Gerade Mädchen mit Migrationshintergrund, aber auch andere brauchen eigene Räume und Angebote.

Leider wurde der Antrag abgelehnt. Aber die Göttinger Linke wird sich beharrlich weiter für Kore und andere Themen der Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Es ist dafür sehr erstrebenswert, dass noch mehr Frauen* ihre Anliegen und Ideen in die Wähler*innengemeinschaft einbringen und mitmachen. Denn die Welt lässt sich in kleinen konkreten Schritten auch vor Ort verbessern! 08.03.2020 warten! (bs)

Osteraktion in Göttingen

Ja, auch in Göttingen wird es wieder eine Osteraktion geben: Bei Redaktionsschluss waren die Vorbereitungen soweit gediehen, dass Ort und Zeit feststand und die unterschiedlichsten Akteure in Göttingen zu einem Treffen eingeladen waren:



Ostersamstag, 20. April
11.00 – 13.00 Uhr
Fußgängerzone

Mehr unter:
g.siebecke@web.de

Vorankündigung:

Kai Degenhardt
„Auf anderen Routen“

am 8. Mai, 19.00 Uhr
im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2,

Eintritt Abendkasse: 5,00 / 2,00 EUR
Eine Kulturveranstaltung der VVN-BdA Göttingen

Stoppt den #Mietenwahnsinn!
Gemeinsam gegen Verdrängung
Kundgebung am bundesweiten Aktionstag
06.04.2019, 12:00 Uhr, Innenstadt/Kornmarkt

Aktionsbündnis: Wohnrauminitiative, IN Grone,
Bürger*innenforum Waageplatz, Vonovia-Mieter*innenvernetzung,
DGB, Ver.di KV, OM10, Basisdemokratische Linke